

Viel Geld für wenig neue Jobs

Lohnzuschüsse im Niedriglohnbereich schaffen kaum zusätzliche Arbeitsplätze für gering Qualifizierte. Eine flächendeckende Einführung von Kombilöhnen würde die öffentlichen Haushalte enorm belasten. Einige Modelle könnten immerhin zur Armutsbekämpfung beitragen. Das zeigt der neue IMK-Report der Hans-Böckler-Stiftung.*

WSI und IMK, die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute der Hans-Böckler Stiftung, haben nationale und internationale Erfahrungen mit Kombilöhnen ausgewertet. Ihr Fazit: „Insgesamt fallen die Netto-Beschäftigungseffekte eher bescheiden aus. Mitnahme- und Verdrängungseffekte schmälern die Beschäftigungswirksamkeit.“ Deutsche Kombilohnversuche – vom Mainzer bis zum Hamburger Modell – sind in der Vergangenheit auf wenig Resonanz gestoßen und verfehlten zum Teil ihre Zielgruppen. Doch auch der flächendeckende Einsatz von Kombilöhnen in Frankreich und den USA löst die Arbeitsmarktprobleme nicht. Dass die Therapie ihr Ziel verfehlt, liegt nach Ansicht der WSI- und IMK-Forscher an einer falschen Diagnose.

Gängige Vorstellungen vom Niedriglohnsektor sind korrekturbedürftig. Viele Kombilohn-Befürworter machen einen Mangel an Niedriglohnjobs für die hohe Arbeitslosigkeit unter gering Qualifizierten verantwortlich. Laut WSI und IMK eine Fehleinschätzung: Tatsächlich bestehe in Deutschland „ein bedeutsamer Niedriglohnsektor, der sich zudem in den letzten Jahren permanent vergrößert hat, ohne dass sich die Beschäftigungschancen der Zielgruppe vergrößert hätten“. Zudem entspreche der vermutete Zusammenhang zwischen Einkommens- und Qualifikationsniveau – wer wenig verdient, ist schlecht ausgebildet – nicht der Realität: Weit mehr

bezahlten Positionen. Ein Mangel an Billigjobs ist demnach nicht der Grund die Arbeitslosenquote gering Qualifizierter, die mehr als doppelt so hoch ist wie im Durchschnitt.

Das Globalisierungsargument taugt nicht. Zwar ist der Preis für einfache Arbeit – verglichen mit Ländern wie China – hierzulande recht hoch. Damit könne aber allenfalls die hohe Arbeitslosigkeit unter gering Qualifizierten erklärt werden, jedoch nicht, dass sich auch viele gut ausgebildete Arbeitskräfte mit bescheidenen Löhnen begnügen müssen. Tatsächlich übt über die Hälfte der Niedriglohnbezieher „eine eher qualifizierte Tätigkeit“ aus.

Die Löhne stehen bereits heute unter Druck. In einigen Dienstleistungsbranchen oder Regionen, vor allem in Ostdeutschland, werden Stundenlöhne von drei bis fünf Euro gezahlt. Dies widerspricht der These, die deutschen Löhne würden nicht auf den gewachsenen Konkurrenzdruck reagieren. Das Gegenteil ist bei den „Working Poor“ zu beobachten: Arbeit schützt nicht mehr automatisch vor Armut.

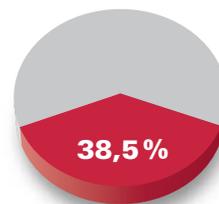
Die Arbeitsanreize reichen aus. Das Argument, der Lohnabstand (die Differenz zwischen Sozialleistungs- und Lohnniveau) sei zu gering, überzeugt die Forscher ebenfalls nicht. Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigen, dass viele Arbeitslose bereits bei einem Stundenlohn von 3,10 Euro besser dastehen würden als mit Sozialleistungsbezug.

Lohnzurückhaltung wirkt nicht. Die Arbeitskosten haben sich in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland sowohl gemessen an den Gewinnen als auch im Vergleich zu anderen Industrieländern sehr moderat entwickelt. Das Resultat sind nicht mehr, sondern weniger Jobs. Dies wiederum ist die Folge einer „zähen Nachfrageschwäche insbesondere beim privaten Verbrauch“, so die Forscher.

Hohe Kosten, aber keine neuen Jobs. Wenn die hohe deutsche Arbeitslosenquote jedoch nicht an zu hohen Löhnen liegt, dann können Kombilöhne – die aus Unternehmenssicht wie eine Lohnsenkung wirken – auch keinen positiven gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekt haben, argumentieren WSI und IMK. „Dann aber werden die fiskalischen Belastungen durch Kombilöhne zu einer schweren Hypothek für die öffentliche Hand.“ Zumal die eingesetzten Mittel auch anderweitig verwendet werden könnten. Beispielsweise könnte das Geld statt für Lohnsubventionen für öffentliche

Vom Arbeitsmarkt gedrängt

Von allen Arbeitslosen sind...

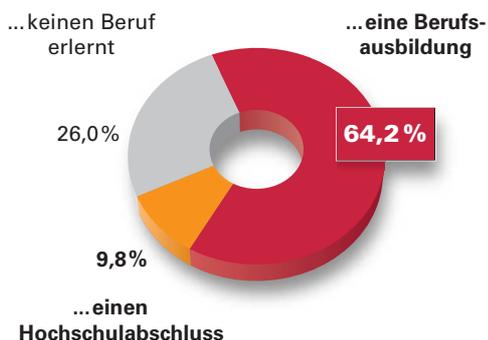


Ungelernte

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2006
© Hans-Böckler-Stiftung 2006

Wenig Geld trotz Ausbildung

So viele Geringverdiener* haben...



* auf Stundenlohnbasis; inklusive Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte;
Quelle: IAT 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

als die Hälfte aller Niedriglohnbezieher hat eine Berufsausbildung oder sogar einen Hochschulabschluss.

Mehr Billigjobs helfen nicht. Aus den empirischen Befunden zum Niedriglohnsektor folgern die Wissenschaftler: Weil in Deutschland insgesamt – also auch in mittleren und höheren Lohn- und Gehaltsklassen – Arbeitsplätze fehlen, verdrängen qualifizierte Arbeitskräfte Ungelernte aus schlecht

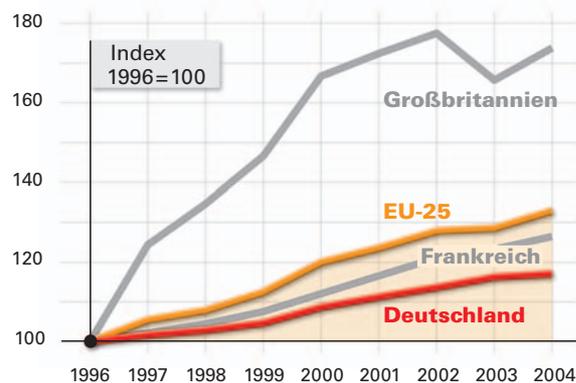
Investitionen ausgegeben werden, deren Wachstumseffekte „weitgehend unumstritten“ seien.

Kombilöhne können allenfalls einen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten. Zumindest von einigen der aktuell diskutierten Kombilohnmodelle versprechen sich die Forscher einen gewissen Nutzen – wenn sie auch nicht zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen würden. Das von den Grünen vorgeschlagene Progressivmodell, das Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen – ähnlich wie das DGB-Modell – von Sozialbeiträgen entlastet, könnte Geringverdiener wenigstens vor Armut schützen. Es würde in Kombination mit Mindestlöhnen beispielsweise die Situation derjenigen verbessern, die nach den Hartz-Gesetzen in eine „Abwärtsspirale“ aus zugemuteter Arbeit und erneuter Arbeitslosigkeit mit niedrigeren Lohnersatzleistungen geraten sind. ◀

* Quelle: Kombilöhne zwischen Illusion und Wirklichkeit, Report des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) 8/2006
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Deutsche Arbeit wird kaum teurer

Entwicklung Arbeitskosten pro Stunde in...



Quelle: Eurostat 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

Magdeburger Alternative: Zu schön, um wahr zu sein

1,8 Millionen neue Jobs und eine Entlastung der Staatskasse verspricht eine besonders ehrgeizige Kombilohnkonstruktion der Magdeburger Ökonomen Ronnie Schöb und Joachim Weimann. Das IMK hat nachgerechnet – und kommt zu ermüthenden Ergebnissen.

Das Konzept: Mit der „Magdeburger Alternative“ wollen Schöb und Weimann den Preis für einfache Arbeit um bis zu 70 Prozent senken, ohne die Nettolöhne der betroffenen Arbeitnehmer zu beschneiden. Das soll durch massive Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge von Beschäftigten in der jeweils untersten Lohngruppe eines Unternehmens geschehen: Wenn eine Firma einen ehemaligen ALG-II- oder Sozialhilfeempfänger mit entsprechend niedriger Vergütung einstellt, würde die Staatskasse nicht nur die Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) des Neuzugangs übernehmen, sondern zusätzlich die Beiträge eines weiteren, bereits beschäftigten Mitarbeiters.

Bedingung für die Subvention: Die Zahl der Beschäftigten in der untersten Lohngruppe geht – bezogen auf einen Stichtag – nicht zurück. So wollen die Magdeburger Mitnahmeeffekte verhindern. Arbeitgeber hätten dank dieser Konstruktion keinen Anreiz, vorhandene Arbeitskräfte durch subventionierte zu ersetzen, sondern würden zusätzliche Stellen schaffen, argumentieren die Wissenschaftler. Und nicht nur die zuvor Arbeitslosen würden sich freuen, sondern auch der

Finanzminister: Zwar müssten Milliarden aus der Staatskasse an die Sozialversicherungen fließen; die Einsparungen beim Arbeitslosengeld II würden diese Abflüsse aber mehr als wettmachen. Am Ende hätte der Staat zwischen vier und sieben Milliarden Euro gespart.

Die Einwände des IMK

Fragwürdige Annahmen: Schöb und Weimann unterstellen, dass die Arbeitsnachfrage der Unternehmen bei sinkenden Löhnen überproportional steigen würde: In ihrem Modell führt eine Senkung der Arbeitskosten um 70 Prozent zu einer Beschäftigungsteigerung von 82 Prozent. Empirische Belege für diese Behauptung gibt es nicht, stellt das IMK fest.

Eine Fehlkalkulation: Selbst innerhalb der Modellogik geht die Rechnung nicht auf. Die vorgesehene „doppelte Subventionierung“ soll die Arbeitskosten für neu Eingestellte um 70 Prozent senken. Auf jeden der beiden Arbeitnehmer – den neu eingestellten und den bereits beschäftigten – entfallen dann 35 Prozent. Die Autoren des Magdeburger Modells rechnen jedoch faktisch so, als würden die Lohnkosten für alle um 70 Prozent sinken –

was ihren eigenen Annahmen widerspricht. Dem IMK zufolge kann die Subvention insgesamt aber maximal eine Höhe von 35 Prozent der Arbeitskosten erreichen – nämlich dann, wenn alle Arbeitnehmer in der untersten Lohngruppe subventioniert werden. Der Beschäftigungseffekt fällt deshalb deutlich geringer aus. Statt 1,8 Millionen neuer Stellen, würden höchstens 550.000 Jobs entstehen. Auf die öffentlichen Haushalte käme eine zusätzliche Belastung von bis zu 10,5 Milliarden Euro zu. Das entspricht 19.100 Euro pro geschaffenem Arbeitsplatz. „Das beschäftigungspolitische und fiskalische Wunder löst sich in Luft auf“, so das IMK.

Mitnahmeeffekte unvermeidbar: Trotz der Stichtagskonstruktion wären Mitnahmeeffekte kaum zu verhindern, der Staat würde Milliarden draufzahlen. Denn: Mittelfristig könnten Betriebe Arbeit in die unteren Lohngruppen verlagern. Außerdem hätten neu gegründete Betriebe, die von Anfang an auf subventionierte Arbeitskraft setzen, einen Kostenvorteil gegenüber alt eingesessenen Konkurrenten. Wenn sie sich im Wettbewerb durchsetzen, müsste der Staat am Ende doch alle Arbeitskräfte in der unteren Lohngruppe subventionieren. Die Gesamtkosten würden erheblich höher liegen als von den Magdeburgern veranschlagt.

Quelle: IMK-Report 8/2006